

Beschlussvorlage

Fachbereich:	FB 22 Jugend, Familie und Senioren	Datum:	22.10.2013
Berichterstatter:	Frau Mareen Papiernik	AZ:	225
		Vorlage Nr.:	125/2013

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Seniorenbeirat	06.11.2013	öffentlich - Entscheidung

Das Modellvorhaben MORO - Handlungsempfehlungen für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren im Landkreis Coburg

I. Sachverhalt

Zu Beginn des Jahres 2012 wurde das Coburger Land als Modellregion vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ausgewählt. Im Rahmen dieses „Modellvorhabens der Raumordnung“, kurz MORO, entwickelten Bürger in zehn Arbeitskreisen Strategien, damit wir auch in 20 Jahren hier noch gut und gerne leben können.

Aufgrund der Komplexität des Themas, hat der Arbeitskreis Seniorinnen und Senioren drei Untergruppen gebildet, die sich mit den spezifischen Bedarfslagen in den Themenfeldern Wohnen und Wohnumgebung, Pflege und Betreuung sowie Freizeit, Kultur und Begegnung auseinandergesetzt haben.

Im Arbeitsprozess wurden daraufhin verschiedene Problemlagen identifiziert und daraus folgende Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Handlungsempfehlungen im Bereich Wohnen und Wohnumgebung

Barrierefreiheit bei öffentlichen Bau- und Umgestaltungsmaßnahmen immer mit denken

Bei allen Bau- und Umgestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, beispielsweise bei Wegen, Plätzen, Überquerungsmöglichkeiten von Straßen oder Zugängen zu öffentlichen Gebäuden sollte grundsätzlich auf Barrierefreiheit geachtet werden. Die Schaffung einer seniorenrechtlichen Wohnumgebung geht aber darüber hinaus und bezieht sich auch auf nahe Versorgungsmöglichkeiten, Behindertentoiletten, Ruhebänke usw..

Wohnraumanpassungsberatung etablieren

Die überwiegende Wohnform des Alters ist „die normale Wohnung“. Dazu ist eine altersgerechte häusliche Umgebung nötig. Eine Wohnraumberatungsstelle sollte geschaffen werden, um gezielte Informationen und Beratungen bereitzustellen. Diese kann den Zugang zum Thema erleichtern und fördert private Baumaßnahmen. Um auch immobilen Seniorinnen und Senioren den Zugang zu diesen Informationen zu ermöglichen, sind aufsuchende Wohnberater zusätzlich ratsam. Die barrierefreie Wohnungsgestaltung erleichtert nicht nur älteren Menschen den Alltag, sondern auch Familien, Kranken und Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz.

Beratungs- und Einflussmöglichkeiten nutzen, um auf die Schaffung von barrierefreien Versorgungsinfrastrukturen hinzuwirken

Die öffentliche Hand und die Sozialverbände sollten ihre jeweiligen Beratungs- und Einflussmöglichkeiten nutzen, um auf die Schaffung von barrierefreien Versorgungsmöglichkeiten zu drängen (Apotheken, Arztpraxen und Geschäfte).

Aufbau von Kümmerdiensten/Quartierskonzepten

Bestehende und/oder neu geschaffene Wohnformen sind mit Angeboten der sozialen Teilhabe, Prävention und Versorgung und den dazugehörigen Infrastrukturen vor Ort zu verknüpfen. Die Integration in kleinräumigen Wohngebieten festigt soziale Netzwerke und Nachbarschaftshilfe. Außerdem stärkt sie das selbständige Wohnen durch Hilfs- und Gemeinschaftsangebote. Die Koordination, die Initialisierung und Organisation von trägerübergreifenden, bedarfsgerechten Angeboten benötigt eine kommunale Beratung und Unterstützung. Sie soll gleichzeitig schnelle und effiziente Hilfestellung sowie eine dezentrale und unbürokratische Beratungsmöglichkeit für alle Bürger bieten können.

Weiterentwicklung von alternativen Wohnformen – Beratungsangebot ausbauen

Um zukünftige Wohnbedürfnisse zu erfüllen, sollten alternative Wohn- und Versorgungsangebote wie beispielsweise ambulant betreute Wohngemeinschaften/ Wohngruppen als Wahlmöglichkeit zur stationären Unterbringung gefördert werden. Sie können auch von nicht-institutionalisierten Akteuren getragen werden. Engagierte Bürger, Angehörige und Pflegepersonal wirken hier zusammen. Die hierfür bestehenden Beratungsangebote des Aufgabenbereichs Senioren im Landratsamt sollten weiter ausgebaut werden um bei der Planung und Qualitätssicherung dieser Angebote qualitativvoll unterstützen zu können.

Infrastrukturbündelung im Innenort fördern – Außenentwicklung vermeiden

Die Ausweisung von Bauflächen auf der „grünen Wiese“ ohne Versorgungsmöglichkeiten sollte eingeschränkt werden. Diese Empfehlung ist von langfristiger Bedeutung, da gerade die Randlagen infrastrukturelle Defizite aufweisen, die in Zukunft noch schwerer auszugleichen sein werden. Auch die jetzt dort lebende meist jüngere Bevölkerung altert und wird im dortigen Lebensumfeld die Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die in unmittelbarer Nähe im Alter notwendig sind, nicht vorfinden.

Handlungsempfehlungen im Bereich Pflege und Betreuung

Pflege- und Betreuungsangebot getreu dem Motto „ambulant vor stationär“ weiterhin bedarfsgerecht ausbauen

Bedarfsgeleitete Pflege- und Betreuungsangebote sind im Sinne von „ambulant vor stationär“ weiter auf- und auszubauen. Die Angebote sollten gemäß den Bedürfnissen aller unterschiedlichen Zielgruppen weiterentwickelt werden. Beispielsweise können Hol- und Bringdienste und weitere präventive Angebote (wie die Sturzprävention im häuslichen Umfeld) etabliert werden, um immobile Menschen gezielter zu fördern. Neue Medien und neue technische Unterstützungssysteme gehören gezielt in den Ausbau integriert.

Angebotsstrukturen vermehrt am Krankheitsbild Demenz ausrichten

Aufgrund des Anstiegs der Zahl demenziell Erkrankter braucht es mehr Strukturen die den Anforderungen dieser Personengruppe entsprechen. Beispielsweise können Betreuungsangebote und hauswirtschaftliche Dienstleistungen den Alltag von an Demenz Erkrankten wesentlich erleichtern.

Öffentliches Bewusstsein für gesellschaftliche Veränderungen durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit schaffen

Die Öffentlichkeitsarbeit rund um das Thema ist zu verbessern, um ein stärkeres Bewusstsein für die gesellschaftlichen Veränderungen zu schaffen. Öffentlichkeitsarbeit kann einen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung palliativer Angebote zu erklären, über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen aufzuklären und das Image des Pflegeberufs zu erhöhen.

Weiterentwicklung der Beratung rund um das Thema Pflege vor Ort

Die im Pflegestützpunkt bestehenden Angebote der Pflegeberatung müssen in Anbetracht der zunehmenden Nutzer weiter ausgebaut werden. Eine dezentrale Beratung vor Ort, um auch immobile ältere Menschen zu erreichen, sollte im gesamten Landkreis angestrebt werden.

Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen

Die Notwendigkeit den Beruf und die Pflege von Angehörigen zu vereinen wird, aufgrund der steigenden Erwerbsquoten von potentiell pflegenden Angehörigen, ansteigen. Pflegenden Angehörigen müssen aus diesem Grund unterstützt werden. Dazu benötigt es Strukturen und Angebote.

Palliative Angebote schaffen

Die Hilfe am Lebensende ist eine große Herausforderung. Hospizvereine und palliative Versorgungsangebote sollten unterstützt werden.

Sozialräumlich handeln – Kümmerer etablieren

Bestehende ambulante wie auch stationäre Versorgungsformen sind mit Angeboten der sozialen Teilhabe, der offenen Seniorenarbeit und Wohnangeboten vor Ort zu verknüpfen. Die Integration in Sozialräume festigt soziale Netzwerke und Nachbarschaftshilfe. Außerdem stärkt es die Selbstbestimmtheit von Älteren durch unterschiedliche Hilfs- und Gemeinschaftsangebote. Die Koordination, die Initialisierung und Organisation von trägerübergreifenden bedarfsgerechten Angeboten benötigt eine kommunale Beratung und Unterstützung. Sie soll gleichzeitig schnelle und effiziente Hilfestellung sowie eine dezentrale und unbürokratische Beratungsmöglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger bieten.

Qualität in der Pflege sichern

Die Qualität der ambulanten, stationären und teilstationären Pflege sollte hinsichtlich der bestehenden Standards und zukünftigen Entwicklungen überprüft, beständig angepasst und weiterentwickelt werden.

Handlungsempfehlungen im Bereich Freizeit, Kultur, Bildung und Begegnung

Passgenaue und wohnortnahe Angebote in Freizeit, Kultur und Begegnung für Seniorinnen und Senioren schaffen

Aufgrund der ständig wachsenden Zahl der Seniorinnen und Senioren sind die Angebote und Begegnungsstätten im Bereich, Freizeit, Kultur und Bildung auf diesen Personenkreis zuzuschneiden und auszuweiten. Eine sozialräumliche Versorgung ist anzustreben.

Aktive Senioren und Seniorinnen – bürgerschaftliches Engagement ausbauen

Es sollten Angebote vorgehalten werden, die es aktiven Seniorinnen und Senioren ermöglichen sich sozial zu engagieren.

Kümmerer benennen und installieren

Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und als Ansprechpartner für alle Belange rund um das Thema „Alter“ sollte ein hauptamtlicher Ansprechpartner in den Gemeinden eingesetzt werden. Beispielgebend hierfür ist die Struktur der Gemeindejugendpflege, die in allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden vorgehalten wird. Teilweise haben die Gemeindejugendpfleger bereits Aufgaben in der Seniorenarbeit mit übernommen.

Spezielle Sportangebote für ältere Menschen vorhalten

Neben den vielfältigen Sportangeboten die grundsätzlich Alt und Jung im Landkreis ansprechen, müssen spezielle Sportangebote für Ältere und für Menschen mit besonderen gesundheitlichen Problemen weiterentwickelt und etabliert werden, da diese zukünftig von größerer Bedeutung sein werden. Der wohnortnahe bedarfsorientierte Ausbau des Angebotes muss für Sportmöglichkeiten wie auch für sonstige Freizeit- und Kulturaktivitäten angestrebt werden.

Information über Angebote verbessern, Kooperation von Anbietern fördern

Informationsmöglichkeiten über bestehende Angebote sollten ausgebaut werden. Ebenso ist die verstärkte Vernetzung von Angeboten Ehrenamtlicher, Dienstleister und anderer Anbieter sowie die Kooperation untereinander zu fördern.

Dem Seniorenbeirat wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

II. Beschlussvorschlag

Der Seniorenbeirat stimmt den vorliegenden Handlungsempfehlungen in den Themenbereichen Wohnen und Wohnumgebung, Pflege und Betreuung sowie Freizeit, Kultur, Bildung und Begegnung zu.

- III. An FBL – Frau Sachtleben -
mit der Bitte um Mitzeichnung
- IV. An GBL – Frau Stadter
mit der Bitte um Mitzeichnung
- V. An P 2 – Frau Berger -
mit der Bitte um Mitzeichnung
- VI. WV bei 22
- VII. Zum Akt/Vorgang

Landratsamt Coburg

Michael Busch
Landrat